

100.000.-- € für die Mobilität Bedürftiger im Fürther Haushalt verabschiedet

„Sozialticket“ in Fürth und „Mobilitätstaler“ (Fahrtkostenzuschuß für Bedürftige)

... und noch ein paar Stichpunkte von den Fürther Haushaltsberatungen

Nach vielen Jahren Engagement der Linken im Fürther Stadtrat und in sehr guter Zusammenarbeit mit dem Fürther Sozialforum, dem Bündnis Sozialticket, der Fürther Erwerbsloseninitiative etc. konnte nun erreicht werden, daß in den Haushaltsberatungen Anfang Dezember 2012 verabschiedet wurde, daß 100.000.-- € für die Mobilität von Bedürftigen bereitgestellt wird.

Dies auf Antrag der Linken und der SPD, die im Fürther Stadtrat die absolute Mehrheit hat. Die SPD hat ihren diesbezüglichen Antrag noch kurz vor den Haushaltsberatungen vor Antragsschluß gestellt.

Sozusagen „rot-rot“ auf kommunaler Ebene.

Die SPD verwendet hierfür das Wort „Sozialticket“, weil dieser durch die Medien inzwischen ein fester Begriff geworden ist und eine Monatskarte auch tatsächlich entsprechend billiger ist.

Was ich hierbei auch wichtig finde, daß diese 100.000.-- € nicht gegen eine andere soziale Leistung gestellt wurden, es nicht geheißen hat, daß dafür an dieser oder jener Stelle gespart werden müsse. Vielmehr wurde der Haushalt insgesamt als positiv dargestellt.

Das Engagement der Linken war sehr groß, was allseits anerkannt wird. In den letzten Jahren alleine ca. 9 offizielle Anträge, neben sehr vielen Gesprächen mit der SPD, den Verkehrsbetrieben etc. Der erste diesbezügliche Antrag der Linken stammt noch aus 2008, kurz nachdem die Linke in den Fürther Stadtrat eingezogen ist. Damals war es zunächst auch nur die Linke, die gegen die jährlichen Fahrpreiserhöhungen gestimmt hat. Damals wurde noch emotional gegen die Linke gesprochen. Inzwischen sind die Fahrpreiserhöhungen regelmäßig auch in den Medien Thema. Es ist inzwischen „normal“ und anerkannt gegen die hohen Fahrpreise im ÖPNV zu sprechen.

Im Juli 2011 wurde vom Fürther Stadtrat der Antrag der Linken „keine Ausgleichszahlungen bei Einführung eines Sozialtickets“ - ein erster großer Teilerfolg hinsichtlich des ÖPNV - verabschiedet, dem sich mehrheitlich inzwischen auch der Ansbacher Stadtrat auf Antrag der dortigen Linken angeschlossen hat.

Eine Lösung im gesamten Verkehrsverbund VGN (Verkehrsverbund Großraum Nürnberg) war leider nicht möglich, da sich der Nürnberger Stadtrat nicht zu einer Unterstützung des Fürther Beschlusses „keine Ausgleichszahlungen bei Einführung eines Sozialtickets“ durchringen konnte. Deshalb war „nur“ eine Fürther Lösung möglich. Konkret heißt das für die Betroffenen, daß jeder Bedürftige 10.-- € monatlich Fahrtkostenzuschuß bei Vorlage des Fürther Sozialpasses erhält. Dies also ziemlich unbürokratisch, was der Linken auch sehr wichtig war. Die sogenannten „Mobilitätstaler“, wie der Zuschuß getauft wurde, können auch gesammelt werden (z.B. im Sommer für den Winter) oder zusammengelegt werden und gelten für jede Ticketart.

Weitere 100.000.-- € werden von der „Bürgerstiftung Fürth“ übernommen. In diese Stiftung zahlen vor allem Vermögende ein. Einen großen Betrag zahlt die Fürther Infra, die Fürther Verkehrsbetriebe, ein.

Wir fordern nach wie vor den VGN (Verkehrsverbund Großraum Nürnberg) und seine Mitglieder auf, die Ausgleichszahlungen, die in ihrer Auswirkung alleine gegen arme Menschen gerichtet sind, beim Verkauf von Sozialtickets abzuschaffen. Wenn jedes Mitglied im VGN berechtigt ist ein Sozialticket ohne Ausgleichszahlungen einzuführen, wird kein Mitglied im VGN benachteiligt oder bevorzugt.

„Ausgleichszahlungen“ heißt, daß von der Stadt die Differenz eines vergünstigten Tickets zum

Normalpreis an den VGN (Verkehrsverbund Großraum Nürnberg) gezahlt werden muß. Das bedeutet, daß die Ausgleichszahlungen immer höher werden, je mehr verbilligte Tickets verkauft würden. Aber auch verbilligte Tickets sind Einnahmen, genauso wie Sonderangebote im Einzelhandel.

Was soll das für eine Logik sein, daß von einer Unternehmensführung eine bestimmte Gewinnhöhe definiert wird, und wenn diese nicht erreicht wird, sondern ein geringerer Gewinn erzielt wird, von einem Minus gesprochen wird. Genau dies ist doch der Beweis für den aus dem Ruder gelaufenen Kapitalismus, oder auch Raubtierkapitalismus. Bei großen Wirtschaftsunternehmen sind die Auswirkungen noch gravierender, weil dann gleich ganze Abteilungen geschlossen werden, wenn eine bestimmte Gewinnmarge nicht erreicht wird.

Es sind weitere Verbesserungen möglich, wofür wir uns auch in Zukunft weiterhin einsetzen werden.

Um uns jedoch weiterhin einmischen zu können, müssen wir bei den kommenden Wahlen zunächst die entsprechend guten Wahlergebnisse erzielen. Wir können und müssen damit argumentieren, daß es Sinn macht, uns zu wählen. Je stärker die Linke, desto sozialer das Land, und die Stadt.

Ein weiterer Erfolg bei den Haushaltsberatungen war, daß auf Antrag der Linken, eine Arbeitsgruppe wegen der immer größer werdenden Wohnungsproblematik eingerichtet wurde. Diese muß nun mit Leben erfüllt werden. Mehrere konkrete Vorschläge hat die Linke im Fürther Stadtrat bereits gemacht.

Noch ein weiterer Erfolg war, daß aus dem von den Bedürftigen nicht abgerufenen Geld aus dem sog. Bildungspaket heuer Stellen geschaffen wurden, Schulsozialarbeiter eingestellt werden, anstelle die nicht abgerufenen Gelder einfach in den normalen Haushalt „einzuspeisen“, wie es im letzten Jahr wohl noch in Fürth der Fall war und in vielen anderen Kommunen der Fall ist.

Auch habe ich heuer erstmals eine Liste – sehr interessant – der Gewerbesteuereinnahmen nach Branchen aufgeteilt erhalten. Vielen Dank für diese Anregung an die KollegInnen im Münchner Stadtrat.

Ulrich Schönweiß, Stadtratsmitglied für die Linke im Fürther Rathaus